

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Politische Grundsatzvereinbarung zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und Japan](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [EU Budget für 2018 soll Wachstum und Jobs schaffen und die Sicherheit der BürgerInnen garantieren](#) 3
- [EU-Parlament stimmt der Ratifizierung der internationalen Abkommen gegen Luftverschmutzung zu](#) 3
- [Umweltausschuss für längere Freistellung internationaler Flüge vom EU-Emissionshandelssystem \(ETS\)](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Die EU auf dem G20-Gipfel in Hamburg – Gespräche über Handel, Klimaschutz und Migration](#) 5
- [Kapitalmarktunion: Der Rat stimmt den Anpassungen des Aktionsplans zu](#) 5

Europäische Kommission

- [Vorläufige Anwendung von CETA ab 21. September](#) 6
- [Verbesserungen bei der Einhaltung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten notwendig](#) 6
- [Neues Vergleichsinstrument misst Kultur und Kreativität von Städten](#) 7
- [Die Zukunft der EU-Finzen: Hochrangige Gruppe legt Vorschläge zur Erleichterung des Zugangs zu EU-Mitteln vor](#) 8

Sonstiges

- [Neue EU-Tourismusstatistik: Tirol beliebteste Region in Österreich](#) 9
- [Ausschuss der Regionen: Plan zur Reduktion von Emissionen auf lokaler und regionaler Ebene](#) 9
- [Öffentliche Konsultation zeigt Herausforderungen für die gemeinsame Agrarpolitik](#) 10
- [Europäisches Patentamt: Konventionelle Züchtung ist keine Erfindung](#) 10
- [Großes Interesse für die Diskussionen des Ausschusses der Regionen über die Zukunft Europas](#) 11

In eigener Sache

- [Alpeuregio Summer School 2017](#) 12

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 13

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen

Impressum und Abbildungsverzeichnis

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Politische Grundsatzvereinbarung zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen EU und Japan

Die EU und Japan haben sich am 6. Juli auf die wesentlichen Elemente eines gemeinsamen Wirtschaftsabkommens „JEFTA“ geeinigt. Das Abkommen wird das bedeutendste Abkommen sein, das die EU je geschlossen hat.



Durch das Abkommen soll der Handel mit Waren und Dienstleistungen entscheidend angekurbelt und neue Möglichkeiten für Investitionen geschaffen werden. Es soll zudem die Position der EU-ExporteurInnen und -InvestorInnen auf dem 125 Millionen KundInnen umfassenden japanischen Markt weiter verbessern. Der Wert der Ausfuhren aus der EU könnte durch „JEFTA“ um 20 Mrd. € steigen.

Möglich gemacht wird das dadurch, dass ein Großteil der von EU-Unternehmen zu entrichtenden Zölle wegfallen, welche insgesamt 1 Mrd. Euro betragen. Verbesserungen ergeben sich insbesondere im Bereich der Landwirtschaft. Etwa 85 % der aus der EU nach Japan ausgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel werden von Zöllen befreit. Dies betrifft insbesondere Produkte, bei denen das Ausfuhrinteresse der EU sehr hoch ist, darunter Schweinefleisch, Wein sowie Käse. Die hohen Zölle auf zahlreiche Hartkäsesorten werden abgeschafft und ein zollfreies Kontingent für Frischkäse wie Mozzarella eingeführt.

Durch das Abkommen wird zudem der Schutz geografischer Angaben auf den japanischen Markt erweitert. Mehr als 200 landwirtschaftlichen Erzeugnissen, darunter auch der Tiroler Speck, wird ab Inkrafttreten in Japan dasselbe Schutzniveau gewährt wie



in der EU.

Zudem werden Zölle für gewerbliche Waren abgeschafft, insbesondere für Branchen, in denen Europa sehr wettbewerbsfähig ist (Chemikalien, Kosmetika, etc.). Auch im Bereich Medikamente und Medizinprodukte sowie Lederwaren und Bekleidung ist ein deutlicher Anstieg der EU-Exporte zu erwarten.

„JEFTA“ öffnet außerdem Dienstleistungsmärkte, insbesondere in den Bereichen Finanzdienstleistungen, E-Commerce, Telekommunikation und Verkehr. Es stellt für EU-Unternehmen den Zugang zu den großen Beschaffungsmärkten Japans in 48 Großstädten sicher und beseitigt bestehende Hemmnisse bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im wirtschaftlich bedeutenden Bereich der Eisenbahn auf nationaler Ebene. Für die EU besonderes sensible Wirtschaftszweige wie der Automobilsektor werden durch Übergangsfristen bis zur Marktöffnung geschützt.

Keine Einigung gab es hingegen bei der Frage des Investitionsschutzes. Die EU will in diesem Bereich nur ein Übereinkommen schließen, wenn die strengen und von allen EU-Mitgliedstaaten mitgetragenen Anforderungen an eine unabhängige Investitionsgerichtsbarkeit akzeptiert werden.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

EU Budget für 2018 soll Wachstum und Jobs schaffen und die Sicherheit der BürgerInnen garantieren

Die EU-ParlamentarierInnen fordern in Hinblick auf das EU-Budget für 2018 Investitionen in Forschung, Entwicklung, Infrastruktur, Bildung und KMUs. Damit soll eine nachhaltige Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen sichergestellt werden.

Diese Resolution wurde am 5. Juli vom Parlament verabschiedet und soll Leitlinien für die Verhandlungen mit dem Rat festlegen. Das Europaparlament begrüßt damit u.a. das höhere Budget für Horizon 2020 (Forschung), die „Connecting Europe Facility“ (Infrastruktur) und Erasmus+ (Bildung).

Gleichzeitig werden die geringeren Mittel für die Bewältigung der Migrations- und

Flüchtlingskrise kritisiert. Berichterstatter Siegfried Muresan betonte zudem die Bedeutung der Sicherheit. Aus diesem Grund soll der Bereich „Justiz und Inneres“ finanziell besser ausgestattet werden. Er betonte, dass das Europaparlament automatische Kürzungen in allen Budgettöpfen nicht einfach akzeptieren wird.

[Mehr Informationen](#)

EU-Parlament stimmt der Ratifizierung der internationalen Abkommen gegen Luftverschmutzung zu

Das Europaparlament hat am 6. Juli der Ratifizierung von Änderungen des Montreal- sowie Göteborg-Protokolls, beides Abkommen gegen Luftverschmutzung, zugestimmt.

Die wichtigste Änderung im Montreal-Protokoll stellt die Aufnahme von Fluorkohlenwasserstoffen (FKW) in die Liste von Substanzen, deren Ausstoß sukzessive zum Schutz der Ozonschicht reduziert werden soll, dar. Das Göteborg-Protokoll enthält hingegen verschärfte Vorgaben von Grenzwerten von Luftschadstoffen wie Schwefeldioxid oder Feinstaub. Das Protokoll wird durch die Richtlinie über nationale Emissionshöchstwerte (NEC) in europäisches Recht umgesetzt.

Ein Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) zeigt jedoch, dass einige EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der NEC-Richtlinie Schwierigkeiten haben. Prognosen zeigen, dass 22 der 29 Mitgliedsländer mindestens einen der vorgegebenen Grenzwerte bis 2030 nicht einhalten werden können. Österreich [überschreitet](#) zurzeit sowohl den Grenzwert für Stickoxid (NOx) als auch für Ammoniak (NH3).

[Mehr Informationen](#)



Umweltausschuss für längere Freistellung internationaler Flüge vom EU-Emissionshandelssystem (ETS)

Die Abgeordneten im Umweltausschuss des EU-Parlaments haben sich für die Verlängerung der Freistellung der Emissionen von internationalen Flügen vom EU-Emissionshandelssystem ausgesprochen. Die Dauer dieser Freistellung soll aber bis 31. Dezember 2020 begrenzt werden.

Ab 2021 soll die Luftfahrt nur noch die Hälfte ihrer ETS-Zertifikate umsonst bekommen, aktuell sind es 85 %. Der Umweltausschuss fordert außerdem, dass die Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten für die Klimapolitik zweckgewidmet werden. Die Anwendung des ETS auf internationale Flüge wurde ursprünglich nur bis 2016 ausgesetzt, um die Entwicklung eines globalen Mechanismus zu ermöglichen.

2016 einigten sich 195 Staaten der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) auf die Einrichtung dieses globalen, marktbasierenden Mechanismus zur Reduktion

der Treibhausgasemissionen aus der Luftfahrtbranche ab 2021. Dieses Instrument zielt darauf ab, dass die Luftfahrtindustrie CO₂-neutral wächst.

Die Luftfahrt ist aktuell für 2,1 % des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich, die internationalen Flüge alleine für 1,3 %. Innerhalb der EU macht der CO₂-Ausstoß durch Flüge etwa 3 % der totalen Emissionen aus.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Die EU auf dem G20-Gipfel in Hamburg – Gespräche über Handel, Klimaschutz und Migration

Als Vertreter der EU haben am 7. und 8. Juli der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, und der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, am G20-Gipfel teilgenommen. Das Motto des Gipfels lautete „eine vernetzte Welt gestalten“.

In einem gemeinsamen Schreiben an die Staats- und Regierungschefs erläuterten Juncker und Tusk die wichtigsten Themen für den Gipfel. Eine der Prioritäten auf dem Gipfel war der Terrorismus. So wurde ein Aktionsplan für eine engere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung und gegen ausländische terroristische Kämpfer verabschiedet.

Die TeilnehmerInnen nahmen zudem den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzübereinkommen zur Kenntnis. Gleichzeitig hielten sie allerdings fest, dass das Pariser Übereinkommen unumkehrbar ist

und billigten den Aktionsplan der G20 zu Klimaschutz und Energie für Wachstum.

Juncker und Tusk warnten zudem vor Protektionismus und betonten die Wichtigkeit einer vertieften Partnerschaft mit Afrika. Im Hinblick auf die Migrations- und Flüchtlingskrise wollen sich die G20 noch enger abstimmen und gegen Schleuser und Menschenhändler vorgehen. Auch wollen sie der Beseitigung der Migrationsursachen und der Unterstützung der Herkunfts- und Transitländer Vorrang einräumen.

[Mehr Informationen](#)

Kapitalmarktunion: Der Rat stimmt den Anpassungen des Aktionsplans zu

Am 11. Juli verabschiedete der Rat Wirtschaft und Finanzen seine Schlussfolgerungen zur Überprüfung des Aktionsplanes für die EU-Kapitalmarktunion.

Der Rat bekräftigte sein Engagement für den Aktionsplan, der bis Ende 2019 eine vollkommene Kapitalmarktunion herstellen soll. Er unterstützt eine Reihe von vorrangigen Initiativen der Kommission. Zudem bekräftigte der Rat die Prioritäten des Plans, wie die Stärkung der Kapitalmärkte, um mehr Investitionen zu gewinnen und die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungen

insbesondere für europäische KMUs und Start-Ups.

In den zwei Jahren seit Beginn der Umsetzung des Plans erholt sich die Wirtschaft in der EU zunehmend schneller. Allerdings liegen die Zinssätze immer noch unter dem Vorkrisenniveau, was auch das Wirtschaftswachstum weiterhin hemmt.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Vorläufige Anwendung von CETA ab 21. September

Das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommens „CETA“ soll ab 21. September vorläufig angewandt werden.

Das haben Kommissionspräsident Juncker und Kanadas Premierminister Justin Trudeau am Rande des G20-Gipfels in Hamburg vereinbart. Das Abkommen tritt endgültig in Kraft, sobald die Parlamente aller EU-Mitgliedstaaten den Wortlaut des Abkommens gemäß den Vorgaben ihrer

jeweiligen Verfassungen ratifiziert haben. Sowohl auf der Ebene der EU als auch in Kanada sind die für die Ratifizierung des Abkommens erforderlichen Maßnahmen eingeleitet worden.

[Mehr Informationen](#)

Verbesserungen bei der Einhaltung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten notwendig

Aus dem „Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Unionsrechts“ der Kommission geht hervor, dass Probleme für Unternehmen oder VerbraucherInnen oftmals nicht dadurch auftreten, weil entsprechende EU-Vorschriften fehlen, sondern weil EU-Recht von den Mitgliedstaaten nicht korrekt angewendet wird.

Laut dem Jahresbericht sind beispielsweise im Vergleich zum Vorjahr 21 % mehr Vertragsverletzungsfälle aufgetreten. Die am meisten betroffenen Bereiche waren Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs sowie Umweltschutz. Auch gegen Österreich wurden im Vergleich zum Vorjahr mehr Vertragsverletzungsverfahren eröffnet. Mit dem von der Kommission veröffentlichten „Binnenmarktanzeiger“ wurde darüber hinaus bewertet, inwieweit Mitgliedstaaten Binnenmarktvorschriften einhalten. Die meisten Binnenmarkthindernisse wurden zwar abgebaut, es gibt aber immer noch

Bereiche, in denen sich die Situation sogar verschlechtert hat. Österreich schneidet neben Dänemark, Estland, Litauen, Malta und der Slowakei am besten ab, was die Einhaltung von Binnenmarktvorschriften betrifft.

Der europäische Binnenmarkt ist für die österreichische Wirtschaft nach wie vor der größte Wachstumsmotor. Fast 70 % der österreichischen Warenexporte gehen in die EU.

[Mehr Informationen](#)



Neues Vergleichsinstrument misst Kultur und Kreativität von Städten

Die Europäische Kommission hat am 6. Juli die erste Ausgabe des Städtevergleichs „Kultur und Kreativität“ (Cultural and Creative Cities Monitor) vorgestellt. Mit diesem Instrument können europäische Städte in 9 Dimensionen aus dem Bereich Kunst und Kultur verglichen werden.

Damit kann auch gezeigt werden, wie diese Leistungen zur sozialen Entwicklung, zum Wirtschaftswachstum sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Der Vergleich soll politische EntscheidungsträgerInnen sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft dabei unterstützen, Stärken und Bereiche mit Verbesserungsbedarf zu ermitteln. Außerdem soll er ermöglichen, von vergleichbaren Städten zu lernen.

Zugleich wird die enge Beziehung zwischen kultureller Dynamik und verschiedenen Aspekten des städtischen Lebens, etwa der sozialen Vielfalt und dem Wirtschaftsleben, gezeigt. Ganz allgemein besteht das Ziel des Städtevergleichs darin, Öffentlichkeit und Politik zu sensibilisieren, damit sie den hohen Wert von Kultur und Kreativität in der heutigen Gesellschaft vollständig anerkennen.

In dieser ersten Ausgabe wurden 168 Städte im europaweiten Vergleich gegenübergestellt. Als österreichische Städte

schaften es Linz und Wien in den Vergleich. Innsbruck wurde nicht gemessen. Die ausgewählten Städte setzen sich aus ehemaligen oder künftigen Kulturhauptstädten, „Creative Cities“ der UNESCO sowie aus Städten zusammen, welche bis 2015 regelmäßig zwei internationale Kulturfestivals ausgetragen haben.

„Kultur und Kreativität im Städtevergleich“ ist im Übrigen ein offenes Instrument: Auch andere Städte haben die Möglichkeit, dort ihre Leistung in Bezug auf Kultur und Kreativität zu messen. Auf der [Online-Plattform](#) können NutzerInnen neue Daten eingeben oder die Gewichtung der Dimensionen und Teilindizes ändern, um vor Ort herrschende Verhältnisse besser abzubilden.

[Mehr Informationen](#)



Die Zukunft der EU-Finzen: Hochrangige Gruppe legt Vorschläge zur Erleichterung des Zugangs zu EU-Mitteln vor

Eine Gruppe unabhängiger ExpertInnen für Kohäsionspolitik hat am 11. Juli ihren Abschlussbericht zur Vereinfachung des Rechtsrahmens für die Gewährung von EU-Mitteln ab 2020 vorgelegt.

Nach Auffassung der hochrangigen Gruppe ist eine Vereinfachung des Zugangs unerlässlich. Für Unternehmen, die EU-Mittel beantragen wollen, und für die mit der Verwaltung der EU-Mittel befassten Behörden ist es laut Bericht nicht immer leicht, sich im Dickicht der Rechtsvorschriften zurechtzufinden. Die EU-Kommission solle deshalb prüfen, wie der Zugang zu EU-Mitteln in dem ab 2020 geltenden Haushaltsrahmen weiter vereinfacht werden kann.

Nach Auffassung der Gruppe ist der derzeitige Rechtsrahmen zwar gut strukturiert, muss aber entrümpelt werden. Deshalb macht die Gruppe Vorschläge dazu, welche Regelungen ganz abgeschafft oder radikal vereinfacht werden können. So sollen in Bezug auf

staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und Methoden der Kostenerstattung die Rechtsvorschriften für die verschiedenen EU-Fonds und -Instrumente harmonisiert werden. So können Synergieeffekte erzielt und Antragsteller für dasselbe Projekt EU-Mittel aus unterschiedlichen Quellen beantragen.

Ein noch einfacherer Rahmen sollte allen Mitgliedstaaten und Regionen zur Verfügung stehen, die eine Reihe von Kriterien erfüllen. Darunter fallen zuverlässige Verwaltungs- und Kontrollsysteme, umfangreiche nationale Kofinanzierung sowie die Ermittlung wichtiger durchzuführender Strukturreformen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Neue EU-Tourismusstatistik: Tirol beliebteste Region in Österreich

Regionen in Spanien, Italien und Frankreich sind der neuen EU-Tourismusstatistik zufolge die Top-Reiseziele in der EU. 90 % der Übernachtungen in der EU entfallen dabei zudem auf Gäste aus der EU. Außerhalb der EU sind die USA sowie die Türkei die Top-Reiseziele für Unionsbürger.

Die Statistik beruht auf Daten aus dem Jahre 2015. Die spanische Inselregion „Canarias“ blieb mit 94,0 Millionen Übernachtungen das beliebteste Reiseziel in der EU, vor dem Pariser Ballungsraum „Île-de-France“. Zwei der 30 beliebtesten Urlaubsregionen der EU

liegen in Österreich. Tirol liegt mit insgesamt 35,4 Millionen Übernachtungen auf Platz 15 und ist damit vor Salzburg die beliebteste Region in Österreich.

[Mehr Information](#)

Ausschuss der Regionen: Plan zur Reduktion von Emissionen auf lokaler und regionaler Ebene

Die Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE) des Ausschusses der Regionen hat eine Stellungnahme zum „Environmental Implementation Review“ (EIR) abgegeben. Beim EIR handelt es sich um ein Werkzeug zur Verbesserung der Umsetzung von Umweltpolitik in der Europäischen Union.

Die Stellungnahme der ENVE will u.a., dass auch Bereiche wie Chemikalien, industrielle Emissionen sowie Maßnahmen gegen den Klimawandel Teil des EIR werden. Wichtigster Punkt der Stellungnahme ist das Konzept lokal und regional festgelegter Beiträge zur Emissionsreduktion (Locally Determined Contributions, LDCs bzw. Regionally Determined Contributions, RDCs).

Diese sollen die Grundlage für lokale und regionale Regierungen bilden, um in ihrem Bereich Emissionen zu reduzieren. Maßnahmen auf regionaler und lokaler Ebene sollen so einen Beitrag leisten, um die Ziele des Pariser Klimavertrages zu erreichen.

Dieser sieht eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Level vor.

Die Stellungnahme soll zudem die Grundlage dafür bilden, regionale und lokale Maßnahmen weltweit zu verbreiten. So sollen Partnerschaften mit Organisationen wie der US-Bürgermeisterkonferenz ermöglicht werden. Diese stellt sich der Entscheidung von US-Präsident Trump, aus dem Pariser Klimavertrag auszusteigen, entgegen. Die Stellungnahme der Fachkommission soll bei der Plenarsitzung des AdR im Oktober beschlossen werden.

[Mehr Informationen](#)



Öffentliche Konsultation zeigt Herausforderungen für die gemeinsame Agrarpolitik

Die Kommission hat am 7. Juli die Ergebnisse der öffentlichen Befragung zur Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik bekanntgegeben.

Rund 322.000 LandwirtInnen, BürgerInnen und Verbände haben sich daran beteiligt. Die Auswertung der öffentlichen Konsultation macht den Wunsch der BürgerInnen deutlich, die Landwirtschaftspolitik nach wie vor auf EU-Ebene zu regeln. Die beiden wichtigsten Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik sollten die Unterstützung der LandwirtInnen und der Schutz der Umwelt sein.

Die Reaktion auf die Befragung zeige das große öffentliche Interesse an der

Gemeinsamen Agrarpolitik, die weiterhin einen dynamischen Landwirtschaftssektor, sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel für 508 Mio. BürgerInnen und ein erhebliches Investment in ländliche Regionen fördere, so Landwirtschaftskommissar Phil Hogan.

[Mehr Informationen:](#)

Europäisches Patentamt: Konventionelle Züchtung ist keine Erfindung

Der Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts (EPA) in Den Haag hat beschlossen, herkömmlich gezüchtete Pflanzen und Tiere künftig nicht mehr zu patentieren.

Dies sieht auch das Unionsrecht so vor. So erfassen die europäischen Patentgesetze keine Pflanzen und Tiere, die mit „im Wesentlichen biologischen Verfahren“ (also ohne gentechnische Veränderungen) gezüchtet wurden. Dem will das EPA folgen und künftig keine Patente mehr erteilen, wenn Pflanzen oder Tiere unmittelbar aus

einer Kreuzung und Selektion entstehen. Von einigen Seiten wird der EPA-Beschluss aber auch kritisiert. So könnten für Pflanzen mit zufälligen Veränderungen des Erbguts, wie sie in der Natur entstehen können, Patente erteilt werden.

[Mehr Informationen](#)



Großes Interesse für die Diskussionen des Ausschusses der Regionen über die Zukunft Europas

Wenige Monate nach dem Start kommt die Kampagne „Nachdenken über Europa“ des Ausschusses der Regionen in Schwung. Die Kampagne will Erwartungen, Bedenken und Wünsche der BürgerInnen aufnehmen.

Seit März 2016 haben europaweit in 19 EU-Mitgliedsstaaten bereits 50 BürgerInnendialoge mit 170 Mitgliedern des AdRs stattgefunden. Über 20.000 Menschen in über 160 Regionen und Städten haben daran teilgenommen. Im Jahr 2017 sind weitere 90 lokale Veranstaltungen geplant. Die Ergebnisse werden Teil des Beitrages des AdRs zur aktuellen Politischen Reflektion über die Zukunft Europas sein.

Ziel ist es, eine Vorstellung von der Wirklichkeit aus Sicht der Menschen an der

Basis zu bekommen und Vorschläge von BürgerInnen und Behörden zur Entwicklung im nächsten Jahrzehnt aufzunehmen. Federführend involviert in den Prozess ist dabei die Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX).

[Mehr Informationen:](#)



In eigener Sache

Alpeuregio Summer School 2017



Am 3. Juli startete die Alpeuregio Summer School. Insgesamt 27 TeilnehmerInnen aus den drei Regionen Tirol, Südtirol und Trentino haben die Möglichkeit europäische Institutionen und Akteure kennenzulernen. In der zweiten Woche stehen unter anderem Besuche im Europäischen Parlament sowie beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) an. Daneben kommen hochrangige Vortragende in unser Büro, um mit den TeilnehmerInnen über verschiedene Politikbereiche zu diskutieren.





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Unternehmensservern und -datenspeichern](#)

Binnenmarkt, Energie, Unternehmen und Industrie
10. Juli 2017 - 23. Oktober 2017

[Öffentliche Konsultation zur gezielten Überarbeitung der EU-Verbraucherschutzrichtlinien](#)

Verbraucherrechte und EU-Vorschriften, Binnenmarkt
30. Juni 2017 - 8. Oktober 2017

[Consultation on the European Union's \(EU\) legislation on the legal migration of non-EU citizens](#)

Migration und Asyl
19. Juni 2017 - 18. September 2017

[Öffentliche Konsultation zur Straßenverkehrsinfrastruktur und Sicherheit von Tunneln](#)

Verkehr
14. Juni 2017 - 10. September 2017

[Bewertung Verordnung TEN-E](#)

Klimaschutz, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Energie, Verkehr, Europäische Nachbarschaftspolitik, Regional Policy
30. Mai 2017 - 4. September 2017

[Bewertung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme](#)

Verkehr
5. Mai 2017 - 28. Juli 2017

[Public consultation on the detergents Regulation in the context of its ex-post evaluation](#)

Binnenmarkt, Umwelt, Verbraucherschutz
2. Mai 2017 - 25. Juli 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Energie

Reduzierung der Treibhausgasemission, Elektrizitätsnetzwerke, Gasnetzwerke, Heizungsnetzwerke, Solarenergie, Windenergie	COMPETITIVE LOW-CARBON ENERGY*	07/09/2017	€ 420.000.000
Effiziente Wassernutzung, neue Technologien, Innovation, Energie	Inducement prize: Zero Power Water Infrastructure Monitoring	in Kürze	€ 2.000.000
Klimawandel, CO2-Emissionen, Forschung und Innovation, Investitionen	HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - CO2 REUSE	03/04/2019	€ 1.500.000
Erneuerbare Energien, Gebäude, Krankenhäuser	HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - LOW CARBON HOSPITAL	03/04/2019	€ 1.000.000
Erneuerbare Energien, CO2-Emissionen, Forschung und Innovation	HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - PHOTOVOLTAICS MEETS HISTORY	26/09/2018	€ 750.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Mag. Michael Mingler

Abbildungsverzeichnis

<http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?ref=P-034876/00-07&sitelang=en&refPhoto=P034876/00-07#0>

<http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?ref=P-034876/00-05&sitelang=en&refPhoto=P034876/00-05#0>